

### FAMILIENPOLITIK

- 1) Die AfD steht für einen Neustart in der Familienpolitik, der auch mit bewährten Konzepten neue Wege einschlägt. Die AfD Thüringen spricht sich daher für ein Familiendarlehen aus, dessen Rückzahlungsbetrag sich in Abhängigkeit von der Kinderzahl verringert. Auch die ungerechte steuerliche Belastung der Familien lässt Kinder für manche junge Paare zu einem Armutsrisiko werden. Die AfD Thüringen fordert deshalb eine umfassende Steuerreform unter dem Leitgedanken der Familienfreundlichkeit und der steuerlichen Entlastung von Familien. Insbesondere müssen nach unserer Überzeugung Kinder beim Familieneinkommen steuerlich in Form eines echten Familiensplittings berücksichtigt werden.
- 2) Die AfD möchte aus Gründen der Existenzsicherung schrittweise ein Familiengeld in angemessener Höhe einführen. Mit diesem Familiengeld soll es künftig möglich sein, dass eine Familie mit kleinen Kindern von einem Gehalt leben kann. Dadurch wird den Eltern die Möglichkeit gegeben, sich frei von finanziellen Zwängen zwischen Berufstätigkeit oder Erwerbspause zu entscheiden.
- 3) Um Eltern Entscheidungsfreiräume zu schaffen, bedarf es einer Verbesserung des Angebotes an Teilzeitarbeit ebenso an Möglichkeiten, von zu Hause zu arbeiten. Auch die Möglichkeit einer flexibleren Gestaltung der betrieblichen Arbeitszeiten eröffnet Wege, mehr Zeit mit den eigenen Kindern verbringen zu können. Die AfD-Thüringen setzt sich auf der einen Seite dafür ein, dass Arbeitgeber verstärkt familienfreundliche Arbeitsmöglichkeiten eröffnen, andererseits aber auch Arbeitgeber für familienfreundliches Engagement entlastet werden.
- 4) Für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzt sich die AfD-Thüringen für entsprechende betriebliche Modelle – wie zum Beispiel „Home Office“-Arbeitsplätze ein. Diese sollten vom Land noch mehr Unterstützung erfahren. Zudem fordern wir eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung der familiären Pflegearbeit als wichtigen Beitrag für das Gemeinwohl. Die individuelle häusliche Pflege muss zu einem Hauptbestandteil der sozialen Sicherungssysteme werden. Sorgearbeit und familiennahe Hilfen müssen endlich eine angemessene rentenrechtliche Berücksichtigung erfahren. Pflegenden Angehörige werden oft mit organisatorischen und finanziellen Problemen alleingelassen. Die AfD möchte die Fürsorge für pflegebedürftige Familienangehörige, die in einer vertrauten familiären Umgebung leben wollen, stärken und die Rahmenbedingungen derart gestalten, dass sich erwachsene Kinder bewusst für die Pflege ihrer Eltern entscheiden können.
- 5) Wir befürworten die Finanzierung einer Haushaltshilfe bei Mehrlingsgeburten mindestens im ersten Lebensjahr der Kinder. Gerade bei (den häufig bestehenden) gesundheitlichen Problemen von Mehrlingskindern, eventuellen Krankenhausaufenthalten oder bei weiteren Geschwisterkindern ist die ohnehin schon große Belastung besonders schwerwiegend. Diese Belastung wird durch die Möglichkeit, im Falle von eigenen gesundheitlichen Problemen eine Haushaltshilfe zeitweise durch die Krankenkasse zu finanzieren, nicht ausreichend abgedeckt. Kinderreiche Familien müssen durch die Gesellschaft an dieser Stelle unterstützt werden. Die Haushaltshilfen müssen aus dem Landeshaushalt finanziert werden. Wünschenswert ist, dass die Haushaltshilfen bei angemessenem Stundenlohn fest angestellt werden und sich nur ihr Arbeitsort entsprechend ändert.
- 6) Sowohl um Vätern bessere Möglichkeiten zu eröffnen, an der Kindererziehung und am Familienalltag teilzunehmen, als auch um die Eingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt bei gleichzeitiger Mutterschaft zu begünstigen, sollten Arbeitgebern familien-spezifische Vorteile geboten werden. So könnten etwa die Lohnnebenkosten für Arbeitnehmer, die Eltern sind, gesenkt werden, was die Einstellung von Vätern und Müttern für Arbeitgeber attraktiver werden lässt.

### SOZIALES UND BILDUNG/KINDERGARTEN UND SCHULE

1)

- a) Unsere Kindergärtner und Erzieher leisten einen wichtigen Beitrag zur guten Entwicklung unserer Kinder. Zur Wertschätzung gehört neben einer leistungsgerechten Bezahlung auch die Möglichkeit, in Vollzeit zu arbeiten. Darüber hinaus fordert die AfD-Thüringen einen einheitlichen Personalschlüssel für Kinder ab drei Jahren bis zur Einschulung. Eine Betreuung von 1 : 7,5 ist anzustreben. Im U3-Bereich streben wir eine 1 : 3 Betreuung an. Im Bereich der Qualifizierung und Fachkräftesicherung haben es die Altparteien in den letzten Jahren schlichtweg versäumt, genügend Nachwuchs auszubilden. Das altersbedingte Ausscheiden von Erziehern ist vorhersehbar. Die praxisintegrierte Ausbildung ist ein richtiger Weg. Weitere Maßnahmen müssen folgen, um den Beruf attraktiver zu machen. Wir fordern die Abschaffung des Schulgeldes und eine Ausbildungsvergütung. Zudem müssen umfassende Weiterbildungsmöglichkeiten etabliert werden, um den steigenden Herausforderungen in den Einrichtungen gerecht zu werden und die Qualität zu erhalten resp. zu verbessern.
- b) Wir fordern eine realistische Ermittlung des Bedarfs an Lehrern in Thüringen. Statistische Spielereien, die der Verschleierung der tatsächlichen Situation an den Thüringer Schulen dienen, dürfen nicht länger angewendet werden. Um die zahlreichen benötigten Lehrerstellen besetzen zu können, soll Thüringen wieder attraktiver für junge Lehrer werden. Das Land muss umfangreiche Anstrengungen unternehmen, um in Zukunft ausreichend Lehrpersonal für unsere Schulen zu gewinnen und im Wettbewerb zwischen den Bundesländern bestehen zu können. Die Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufes soll unter anderem durch die Entlastung der Lehrer bei bürokratischen Aufgaben erreicht werden. Dies kann mittels der Einstellung von Schulverwaltungsassistenten gelingen. Evaluationstätigkeiten sind nur in Ausnahmefällen auf Lehrkräfte zu übertragen. Lernentwicklungsgespräche sollen nur noch in den Fällen durchgeführt werden, in denen der Lehrer es als notwendig erachtet. Zudem ist eine Verbesserung des Bewerbungsverfahrens erforderlich. Wir wollen die Bearbeitung von Bewerbungen schneller durchführen, damit potenzielle Kandidaten nicht aufgrund zu langer Wartezeiten abgeschreckt werden und sich für eine rascher zugesagte Stelle in einem Nachbarland entscheiden. Zudem wollen wir ein bewerberfreundliches Verfahren anwenden, das den einzelnen Bewerber in den Mittelpunkt stellt. Da insbesondere der ländliche Raum vom Lehrermangel betroffen ist, schlagen wir eine Zulage für Lehrer vor, die bereit sind, im ländlichen Raum eine Tätigkeit aufzunehmen. Wir stellen uns der Realität und gehen davon aus, dass zumindest vorübergehend die Notwendigkeit besteht, Seiteneinsteiger für die Absicherung des Unterrichts einzustellen. Diese müssen jedoch bestmöglich auf ihre verantwortungsvolle Aufgabe vorbereitet werden. Die Förderung entsprechender Weiterbildungsstudiengänge halten wir dabei für eine wichtige Voraussetzung.
- c) Thüringen muss als Bundesland für junge Familien deutlich reizvoller werden. Unser ländlich geprägter Freistaat sollte daher Maßnahmen ergreifen, durch die vernachlässigte und heute strukturschwache Regionen gestärkt und aufgewertet werden. So können diese Regionen auch wieder junge Familien anziehen. Wir wollen Schulstandorte flächendeckend erhalten und in die Infrastruktur investieren. Eine gute Verkehrsanbindung sowie eine verlässliche medizinische Versorgung sind wichtig, damit junge Familien ihren Lebensmittelpunkt im ländlichen Raum behalten oder neu finden. In diesem Zusammenhang fordert die Thüringer AfD, die Grunderwerbssteuer für Familien mit Kindern beim Ersterwerb von Wohneigentum deutlich zu reduzieren. Zudem möchten wir den Ersterwerb von Wohneigentum für Familien mit Kindern durch nachrangige Darlehen fördern, deren Rückzahlung für jedes Kind der Familie teilweise erlassen wird.

- 2) Für die Entfaltung von Kindern und Jugendlichen außerhalb ihrer Familien und zur Ausbildung ihrer Persönlichkeit sind Aktivitäten in Vereinen und Verbänden von großer Bedeutung. Nach unserer Überzeugung muss der Staat durch entsprechende Unterstützung und Förderung seinen Beitrag dazu leisten, dass alle Kinder und Jugendlichen ein gutes altersgerechtes Angebot wahrnehmen können.
- 3) Die Thüringer AfD steht für eine Inklusion mit Augenmaß. Die pauschale Inklusion, wie sie derzeit Anwendung findet und forciert wird, ist ein Irrweg, der oft auf Kosten von Kindern und Eltern beschritten wird. Wir wollen für jedes Kind, das aufgrund einer Behinderung Lernschwierigkeiten hat, eine angemessene Förderung sicherstellen. Die notwendigen Voraussetzungen dafür – medizinische Versorgung, technische Hilfsmöglichkeiten, Betreuung durch spezifisch ausgebildete Lehrer und entsprechende Rückzugsmöglichkeiten – sind in der Förderschule vorhanden. Wir setzen uns dafür ein, dass Förderschulen mit entsprechend ausgebildetem sonderpädagogischen Lehrpersonal in ganz Thüringen erhalten bleiben und auf kurzen Wegen erreicht werden können. In Förderschulen wird durch Erziehung, Unterricht und individuelle Fördermaßnahmen die Grundlage für das erfolgreiche Lernen und die soziale sowie berufliche Integration von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf gelegt.
- 4) Das lehnen wir ab.
- 5) Eine generell kostenfreie Nutzung der ÖPNV, wie zum Beispiel ein kostenloses Schülerticket/Freizeitticket, lehnt die AfD-Thüringen ab, weil dabei der Wechsel vom Pkw zum ÖPNV faktisch auch durch Gebühren von Autofahrern erzwungen wird, selbst wenn diese den ÖPNV nicht nutzen. Vielmehr sollte in den Erhalt und den Ausbau eines umfassenden Personennahverkehrsnetzes investiert werden. Leistungen müssen auch auf Strecken mit schwacher Nachfrage angeboten werden. Für die AfD-Thüringen ist ein funktionierender, zuverlässiger und günstiger ÖPNV ein unabdingbarer Teil der staatlichen Daseinsvorsorge.
- 6) Dies ist nicht vorgesehen. Hingegen soll in den ländlichen Regionen, die bereits stark von Abwanderung oder Bevölkerungsschwund betroffen sind und in denen die Einrichtung eines regelmäßigen öffentlichen Personennahverkehrs wirtschaftlich nicht vertretbar ist, die Wiederbelebung von Rufbussen und Sammeltaxen gefördert werden.
- 7) Gerade im ländlichen Raum ist es entscheidend, dass die Schulen – gegebenenfalls mit kleineren Klassen oder jahrgangsübergreifendem Unterricht – als gemeinschaftlicher Lebensmittelpunkt erhalten bleiben. Damit können lange Schulwege vermieden werden.

### **DIGITALISIERUNG - TEILHABE IM LEBENS-, BILDUNGS UND ARBEITSWELTEN**

- 1) Es ist wichtig, die Vorteile der Digitalisierung auch für Schüler, Auszubildende und Studenten nutzbar zu machen. Eine gute Internetverbindung an Schulen auch auf dem Land sowie eine entsprechende technische Ausstattung an Universitäten sind Grundvoraussetzungen dafür, um den Umgang mit digitalen Medien und ihren Einsatz zu erlernen und produktiv zu leben. Auch die fachliche Begleitung an Schulen und Ausbildungsstätten muss sichergestellt sein. Dennoch lehnt die AfD-Thüringen alle Bestrebungen ab, den Unterricht als solchen zu digitalisieren, die Erarbeitung von Wissen aus dem analogen Lernprozess herauszulösen und die Lehrkraft durch das Medium zu ersetzen. Der Lehrer ist und bleibt der wesentliche Bezugspunkt für den Lernprozess des Schülers und für dessen individuellen Schulerfolg.
- 2) Grundlage dessen ist eine moderne Breitbandtechnik. Die AfD-Thüringen setzt sich daher für den Ausbau eines landesweiten und lückenlosen Hochgeschwindigkeitsinternets ein. Die Errichtung einer leistungsfähigen Internetversorgung auch außerhalb von Ballungszentren ist eine wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung, gut bezahlte, sichere Arbeitsplätze, eine moderne Gesundheitsversorgung und um kulturelle Angebote bereitzustellen.
- 3) Der Aufbau von Hochleistungsnetzen geht viel zu langsam voran. Wir setzen uns dafür ein, dass Investitionsmittel zur Verfügung gestellt werden, um ein landesweites und lückenloses

Hochgeschwindigkeitsinternet voranzutreiben. Es sind zudem Synergien zu entwickeln, um die Kosten zu stemmen. Überall dort, wo sich der Ausbau von Glasfasernetzen nicht lohnt, müssen Alternativen Anwendung finden.

- 4) Die Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsort kann gerade für Familien im ländlichen Raum eine nicht unerhebliche Entlastung mit sich bringen. Denn Eltern finden sich zunehmend in einem erheblichen Spannungsfeld wieder: Einerseits möchten Eltern möglichst viel Zeit mit ihren Kindern verbringen, auf der anderen Seite wollen Mütter wie Väter meist auch einer Berufstätigkeit nachgehen und ihre beruflichen Chancen ausschöpfen. Home-Office Angebote können helfen, beides zu verbinden. Insbesondere Müttern kann dadurch der Druck genommen werden, ihre Kinder einer frühzeitigen und ganztägigen Fremdbetreuung auszusetzen.
- 5) Dies ist vornehmlich Aufgabe der Kommunen. Die Landespolitik kann hier nur ermutigen, entsprechende lokale familienfreundliche Angebote, wie Eintrittsermäßigungen, zu schaffen. Darüber hinaus sei an dieser Stelle auf das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene verwiesen.
- 6) Dies ist derzeit nicht vorgesehen. Wir verweisen auf die Antwort zu der vorangegangenen Fragestellung.
- 7) Das Internet ist nicht allein ein Medium der Unterhaltung, des Handels und des Konsums, sondern vor allem auch ein bürgernahes Medium der Kommunikation, der Information und der freien Meinungsäußerung. Die AfD Thüringen lehnt staatliche oder vom Staat erzwungene Zensur durch Private, wie zuletzt durch das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) installiert, ab. Generell fordern wir die Stärkung der Nutzerrechte im Internet: Nutzer müssen insbesondere vor der oft völlig willkürlichen Aussperrung aus sozialen Plattformen geschützt werden, etwa durch effektive Beschwerdeverfahren. Die Verfolgung von Rechtsverstößen und Straftaten im Netz, wie etwa Cybermobbing, bleibt unbenommen, gehört aber ausschließlich in die Hand des an Recht und Gesetz gebundenen Staates.

### FAMILIENARMUT / KINDERARMUT

- 1) Wie der aktuelle Sozialstrukturatlas belegt, waren die Initiativen der Landesregierung nicht ausreichend bzw. haben ihr Ziel verfehlt. Trotz konjunkturellen Aufschwungs, sinkender Arbeitslosigkeit und steigender Löhne bleibt Kinderarmut in Thüringen ein Problem. Etwa ein Fünftel der Kinder und Jugendlichen in Thüringen im Alter bis 18 Jahre ist von Armut bedroht.
- 2) Das Thema Kinderarmut sollte im gesellschaftspolitischen Diskurs stärker gewürdigt werden. Insbesondere Familien mit mehreren Kindern und Alleinerziehende sind einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt. Hier fordern wir ein grundsätzliches Umsteuern durch eine politische Neuausrichtung der staatlichen Familienpolitik. Die Leistungen und der Einsatz von Eltern für ihre Kinder müssen im Steuer-, Sozialversicherungs- und Rentenrecht besser anerkannt werden als dies gegenwärtig der Fall ist. Kinder sollten beispielsweise beim Familieneinkommen steuerlich in Form eines echten Familiensplittings berücksichtigt werden. Bestehende Landesprogramme wie TIZIAN gilt es zunächst zu evaluieren, um daraus Rückschlüsse auf die Wirkungsweise ziehen zu können.
- 3) Die AfD-Thüringen hält eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung nicht für den geeigneten Weg, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen.
- 4) Thüringen muss den Status als Niedriglohn-Bundesland überwinden. Der Freistaat soll seinen Beitrag leisten, um eine Lohnentwicklung entsprechend dem verteilungsneutralen Spielraum zu ermöglichen. Die AfD Thüringen tritt für eine Senkung von Produktionskosten im Freistaat ein. Unter anderem wird die Beendigung der „Energiewende“ die Kosten von Betriebsstoffen wie Strom, Erdgas, Benzin und Dieselkraftstoff absenken, sodass Unternehmen mehr Spielraum für die Zahlung angemessener Löhne und Gehälter erhalten. Der Mindestlohn muss perspektivisch

durch eine gute Lohnentwicklung überflüssig werden, da der Mindestlohn dauerhaft keine Lösung für sozialpolitische Probleme sein kann.

### FAMILIENGERECHTE INFRASTRUKTUR, ÖPNV UND WOHNEN

- 1) Junge Familien wollen wir ermuntern, sich im ländlichen Raum anzusiedeln. Dazu braucht es neben der Stärkung des ländlichen Raums im Allgemeinen ein besonderes Eingehen auf die Bedürfnisse von Familien mit Kindern. Wir möchten ein Familiendarlehen für Thüringer Familien einführen, dessen Rückzahlungsbetrag sich in Abhängigkeit von der Kinderzahl verringert. Kommunen brauchen Instrumente, um Familien im ländlichen Raum eine gute Perspektive zu bieten. Wir wollen Schulstandorte flächendeckend erhalten und in die Infrastruktur investieren. Eine gute Verkehrsanbindung sowie eine verlässliche medizinische Versorgung sind wichtig, damit junge Familien ihren Lebensmittelpunkt im ländlichen Raum behalten oder neu finden.
- 2) Es obliegt den Städten, Gemeinden und Kreisen die Grundversorgung mit Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sicherzustellen. Hierzu gehört auch der Öffentliche Personennahverkehr. Entsprechend wäre es zunächst Aufgabe der Kommunen, Familien in die örtliche Infrastrukturplanung einzubeziehen.
- 3) Die AfD-Thüringen möchte preiswerten Wohnraum für Familien explizit fördern. Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass mittelfristig genügend Wohnungsbauland bereitsteht. Besonders möchten wir Wohneigentum junger Familien fördern. Schließlich wollen wir verhindern, dass für junge Familien, die wir langfristig an Thüringen binden möchten, der Traum vom eigenen Haus und der eigenen Wohnung an utopisch hohen Kaufpreisen oder Mieten scheitert, wie dies in westlichen Ballungszentren bereits der Fall ist. Hierin sehen wir auch hohes Potenzial für Thüringen beim Wettbewerb um echten qualifizierten Zuzug. Daher möchten wir die Grunderwerbsteuer für den Wohneigentumserwerb von Familien mit Kindern deutlich reduzieren und diesen auch durch nachrangige Darlehen fördern, deren Rückzahlung für jedes Kind der Familie teilweise erlassen wird. Wir setzen uns zudem für die Abschaffung der Grundsteuer ein.
- 4) Um den ÖPNV für Familien attraktiver zu gestalten, sollte gewährleistet werden, dass die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel vor allem auch sicher ist. Neben der Fahrgastsicherheit sollte zudem die Sauberkeit von Bahnhöfen und Haltestellen berücksichtigt werden. Die AfD unterstützt die Planung und Umsetzung eines landesweiten strategischen Konzepts für den öffentlichen Personennahverkehr mit Bus und Bahn. Wir streben überall im Freistaat eine einheitliche hohe Qualität des Angebots an. Dem ÖPNV kommt zudem eine wichtige Funktion bei der Erschließung Thüringens als Fremdenverkehrs- und Erlebnisregion zu. Wir wollen in Kooperation mit lokal tätigen Verkehrsunternehmen Lösungen für den Erhalt und den Ausbau eines umfassenden Personennahverkehrsnetzes anstreben, von dem Familien in der Freizeit profitieren können.
- 5) Der ländliche Raum ist in besonderer Weise auf den öffentlichen Personennahverkehr mittels Bus und Bahn angewiesen. Ausschließlich wirtschaftliche Überlegungen ohne politische Einflussnahme gefährden dessen weiteren Betrieb und führen dazu, dass der ländliche Raum weiter abgehängt wird. Für die AfD ist ein funktionierender, zuverlässiger und günstiger ÖPNV ein unabdingbarer Teil der staatlichen Daseinsvorsorge. Wir begreifen es daher als unsere Aufgabe, das Angebot so zu gestalten, dass das Leben im ländlichen Raum auch für Personen attraktiv ist, die nicht auf einen Pkw zurückgreifen können.
- 6) Abweichungen von bestehenden Regelungen sind derzeit erst einmal nicht vorgesehen.
- 7) Die AfD-Thüringen setzt sich für die Schaffung eines kostenlosen Azubi-Tickets ein. Darüber hinaus stehen wir dem Moped-Führerschein ab dem vollendeten 15. Lebensjahr positiv gegenüber. Der Moped-Führerschein sorgt gerade im ländlichen Raum für eine größere Unabhängigkeit der Jugendlichen und ist so eine sinnvolle Ergänzung zum öffentlichen

Personennahverkehr. Daher wollen wir uns dafür einsetzen, dass dieses Modell bundesweit eingeführt wird.

### FAMILIENFÖRDERUNG IN THÜRINGEN

- 1) Die Erstellung eines Landesfamilienförderplans ist erstmalig bis 31. Dezember 2020 geplant, welcher den Bedarf an Einrichtungen, Maßnahmen und Projekten der Familienförderung von überregionaler Bedeutung ausweisen soll. Grundlage dessen wird eine Bestandaufnahme sein. Erst nach einer profunden Evaluation werden sich konkrete Aussagen über Ziele, Umfang und geplante Maßnahmen treffen lassen.
- 2) Familienpolitisch relevante Akteure sollten in regelmäßigen Abständen an der Erarbeitung des Landesfamilienförderplanes beteiligt werden. Näheres zum Verfahren sollte in Absprache mit den Akteuren geregelt werden.
- 3) Die Förderung von Familienverbänden erfolgt nach Maßgabe des Landeshaushalts und auf Grundlage des Landesfamilienförderplans. Erst wenn, wie bereits unter Frage 1 erläutert, eine Bestandaufnahme erfolgt ist, wird man mit Blick auf den Haushalt konkrete Aussagen zum Förderumfang treffen können.
- 4) Bürgernähe ist eine Herzensangelegenheit der AfD. Der direkteste Weg sich über die Bedürfnisse von Familien auszutauschen, ist miteinander ins Gespräch zu kommen. Die AfD-Thüringen führt daher regelmäßig Bürgerdialoge in ganz Thüringen durch. Darüber hinaus wissen auch Familienverbände um die Bedarfe der Familien und können im Dialog hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.
- 5) Familienverbände und –organisationen bündeln die Interessen unserer Thüringer Familien und sind daher für uns ein wichtiger Ansprechpartner, mit dem wir uns gern zu familienpolitischen Fragestellungen regelmäßig austauschen möchten.
- 6) An dieser Stelle möchten wir auf die Antwort zu Frage 3 verweisen.
- 7) Die AfD ist die Familienpartei in Thüringen. Die Familie steht unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes und der Thüringer Verfassung. Der Staat sollte die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen, so dass Familien ihre individuellen Lebensmodelle verwirklichen können. Unangemessene Eingriffe in den familiären Bereich freier Entscheidungsfindung und staatliche Indoktrination, wie sie möglicherweise durch sogenannte „Familienbildung“ geschieht, weisen wir jedoch zurück. Wir brauchen eine Politik, die in der Stadt und auf dem Land ein selbstbestimmtes Leben der Familien sowie ein Miteinander der Generationen auf der Basis unserer Kultur und unserer Lebensweise ermöglicht.
- 8) Das Gesetz verfehlt es leider, hier klare Aussagen zu treffen. Dies eröffnet dem zuständigen Ministerium einen möglichst großen Handlungsspielraum. Im Sinne der Rot-Rot-Grünen Philosophie lässt sich dahinter die Strategie vermuten, dieses Gremiums möglichst mit Sympathisanten zu besetzen und somit die Familienpolitik in Thüringen im Sinne ihrer Ideologie zu gestalten.
- 9) Artikel 6 Absatz 2 des Grundgesetzes regelt klar, dass es zuvorderst das natürliche Recht aber auch sogleich die Pflicht der Eltern ist, sich um die Erziehung und Pflege ihrer Kinder zu kümmern. Demnach sollten Familien nicht vorschnell staatlicher Einflussnahme ausgesetzt werden. Im Sinne unserer Familienpolitik sieht die AfD-Thüringen keinen Anlass, den „Familienbildungsparagrafen“ (§16 SGB VIII) weiter auszubauen oder zu stärken.
- 10) Nein, denn die Erziehung der Kinder obliegt den Eltern, nicht dem Staat. Der Erziehungsprimat der Eltern darf nicht ausgehöhlt werden.
- 11) Wir verweisen auf die Antwort zu Frage 9.

- 12) Nein, dies ist nicht vorgesehen.
- 13) Von möglichen Spekulationen möchten wir Abstand nehmen.
- 14) Erwachsenenbildung muss auch weiterhin bezahlbar bleiben. Deswegen muss die Erwachsenenbildung auch zukünftig von der Umsatzsteuer befreit bleiben. Die AfD-Thüringen fordert hier über den Bundesrat eine Klarstellung durch die Bundesregierung.

### LANDESPROGRAMM SOLIDARISCHES ZUSAMENLEBEN DER GENERATIONEN

- 1) Grundsätzlich ist dies zu begrüßen, um individuell bedarfsgerechtere Angebote schaffen zu können.
- 2) Die Teilnahme an Zuwendungsprogrammen ist freiwillig. Entsprechend können Kommunen nicht zu einer Teilnahme am LSZ gezwungen werden. Darüber hinaus sollte man zunächst hinterfragen, wo die tatsächlichen Ursachen liegen. Nicht alle Kommunen sind in der Lage, den Eigenanteil in Höhe von 30 Prozent an den zuwendungsfähigen Ausgaben aufzubringen.
- 3) Als durchaus problematisch anzusehen sind die uneinheitlichen Standards. Perspektivisch will die AfD-Thüringen Landkreise und kreisfreie Städte als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe insofern unterstützen, dass wir für Thüringen ein landeseinheitliches Betreuungsniveau erreichen.
- 4) Die Bedürfnisse von Familien sind heute durch eine Vielzahl von Faktoren geprägt, aufgrund derer das Leben vieler Familien seit Jahren infolge politischer Fehlentscheidungen eingeschränkt, unterhöhlt oder ausgebeutet werden. Diesen Tendenzen möchte die AfD-Thüringen mit einer Neuausrichtung der Familienpolitik entgegenwirken. Im Übrigen verweisen wir auf die Antwort zu Frage VI/4.
- 5) Wir verweisen auf die Antwort zu Frage VI/2.
- 6) Die AfD-Thüringen fordert eine generelle Altersfeststellung von angeblich minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen mit zugelassenen Methoden. Hierfür ist eine Änderung des § 42f SGB VIII erforderlich, damit ein bundesweit verbindliches und einheitliches Verfahren zur Altersfeststellung geschaffen wird, welches als obligatorischen Bestandteil auch eine ärztliche Untersuchung zur Altersbestimmung von UMA enthalten soll.
- 7) Grundsätzlich sollte man vielmehr hinterfragen, woraus die Debatte um präventiv ausgerichtete Konzepte der Kinder- und Jugendhilfe resultiert. Die Ursachen liegen vielmals in den komplexen und häufig überfordernden Lebensbedingungen und Belastungslagen von Familien, bedingt durch wachsende Armut in der Bevölkerung, höhere Ansprüche an ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen, vielfältige Anforderungen aufgrund verdichteter bzw. prekärer Arbeitsbedingungen insbesondere im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Jeder der genannten Faktoren bezeichnet ein Feld, auf dem das Leben vieler Familien seit Jahren infolge politischer Fehlentscheidungen eingeschränkt wird. Eine zukunftsorientierte Familienpolitik, wie sie die AfD-Thüringen betreibt, behandelt nicht nur die Symptome sondern zielt darauf ab, die Ursachen zu bekämpfen. Wir setzen uns für eine umfassende Entlastung der Familien ein und stehen für eine Politik, die die Bedürfnisse der Familien ins Zentrum des Handelns rückt.
- 8) Familienförderung ist eine zentrale Säule der Politik der AfD-Thüringen. Demgemäß werden wir uns fortwährend für die Stärkung der Familien einsetzen und entsprechend Maßnahmen ergreifen, um diese zu unterstützen. Inwieweit sich das LSZ etabliert, kann erst nach einer Evaluierung bewertet werden, die wir in jedem Fall für geboten halten.
- 9) Sollte das Landesprogramm verstetigt werden, ist eine Dynamisierung der Landesförderung durchaus sinnvoll. Eine regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Höhe der Landesförderung erscheint beispielsweise mit Blick auf die Lohnkostensteigerung angemessen.